

sozial



Mütter unter Druck

Wie man in der Schweiz
Frauen zur Adoption drängte

Seite 11



EDITORIAL

Was mein Velo mit dem Fachkräftemangel zu tun hat

Da stehe ich und bin enttäuscht: «Wir schliessen dauerhaft» informiert mich ein Zettel, als ich neulich in der Velowerkstatt an der Badenerstrasse vorbeischaue. Einen Vier-Jahreszeiten- und Allwetter-Zweiradfahrer wie mich verbindet eine enge Beziehung zu dieser Arbeitsintegrationsstelle, die zu den Sozialen Einrichtungen und Betrieben der Stadt Zürich gehört. Dort erwarb ich einst mein Gefährt, dort wurde es stets zuverlässig geflickt und gewartet.

Ich sehe ein, mein Klagen klingt ein wenig egoistisch. Denn der Grund für die Schliessung ist natürlich ein positiver. Wegen der guten Wirtschaftslage finden vermehrt auch gering qualifizierte Menschen eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt, die Zahl der Integrationsarbeitsplätze sinkt. Betrachtet man dieses Phänomen aber von der anderen Warte aus, ist es alles andere als positiv. Ich rede vom Fachkräftemangel. Und hier müssen wir die Klagen ernst nehmen. Sehr ernst. Wenn Stellen im Sozialwesen nicht besetzt werden können, leiden sowohl Arbeitnehmende als auch Adressat:innen. Zum Beispiel in Heimen: Mitarbeitende werden frustriert oder gar krank wegen der Überlastung, Kinder bekommen keinen Platz, den sie aber dringend bräuchten.

Was können wir dagegen tun? Lesen Sie dazu das Interview mit drei Expertinnen auf Seite 16 und besuchen Sie unsere Veranstaltung «Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit». Jetzt sind Ideen und Strategien gefragt – welche haben Sie?

Impressum

HERAUSGEBERIN
ZHAW Soziale Arbeit
Pfungstweidstrasse 96
Postfach, 8037 Zürich

REDAKTION
Regula Freuler (Leitung), Aline Wüst;
Andrea Koch, Notice Design, Zürich
(Gestaltung); Beatrice Geistlich (Bild).
Mitarbeitende dieser Ausgabe: Martin
Biebricher, Rahel Bühler, Christina Erös,
Sarah Franke, Fabienne Haltinner, Michael
Herzig, Stefan A. Keller, Gisela Meier,
Menno Labruyère, Mirko Plüss.

ADRESSÄNDERUNGEN
zhaw.ch/sozialearbeit/adressaenderung

KOSTENLOS ABONNIEREN
zhaw.ch/sozial-abonnieren

ABBESTELLEN
adressverwaltung.sozialearbeit@zhaw.ch

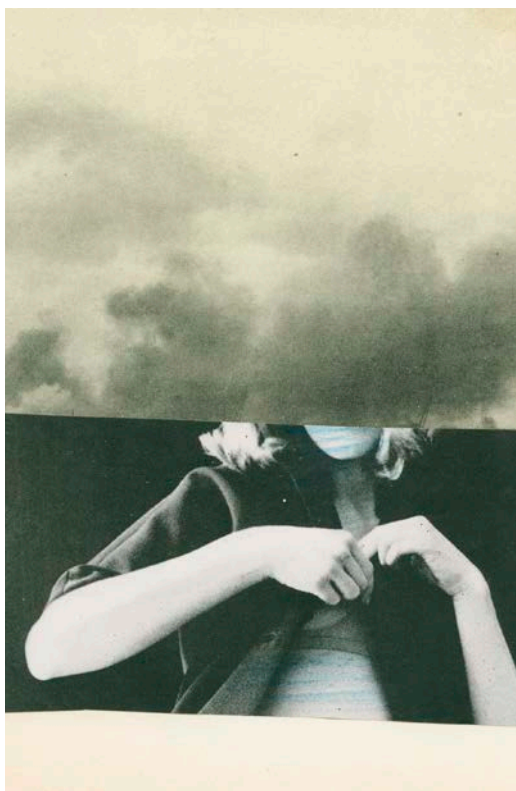
DRUCK UND AUFLAGE
Schmid-Fehr AG, Goldach;
21200 Exemplare; erscheint
zweimal jährlich

Auf FSC-zertifiziertem Papier
klimaneutral gedruckt in der Schweiz.

zhaw.ch/sozialearbeit



Herzlich,
Frank Wittmann
Direktor ZHAW Soziale Arbeit



Ledige Mütter unter Druck.
Seite 11



Sozialhilfe für Auslandschweizer:innen.
Seite 24



Zeit-Expertin Marlis Stucki.
Seite 28



Wie KI das Studium verändert.
Seite 22

FORSCHUNG — STUDIUM — PRAXIS — WEITERBILDUNG

7 Die Vertrauensfrage

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wird in den Medien oft kritisiert. Doch wie nimmt die Bevölkerung die KESB wahr?

9 S Märli vo härzige Buebe und starche Meitli

Wie Kinder über die Geschlechterfrage denken, wird früh geprägt. Zum Beispiel in der Kita.

11 Verlorene Babys

Bis Ende der 1970er-Jahre wurden viele ledige Mütter von Behörden und Vermittler:innen zur Adoption gedrängt.

20 Das Superwissen

Service User Involvement ist in der hiesigen Sozialen Arbeit noch kaum bekannt. Das sollten wir ändern.

22 Intelligent trotz künstlicher Intelligenz

Welche Auswirkungen haben ChatGPT und Co. auf das Studium in Sozialer Arbeit?

24 Geplatzte Träume

Fast eine Million Schweizer:innen leben im Ausland. Auch sie haben ein Anrecht auf Sozialhilfe.

RUBRIKEN

- 4 **NOTIERT**
Neues aus dem Departement Soziale Arbeit
- 16 **INTERVIEW**
mit drei Expertinnen über den Fachkräftemangel im Sozialwesen
- 28 **ALUMNI**
MAS-Absolventin Marlis Stucki schrieb ihre Abschlussarbeit über Zeitmanagement
- 29 **SOZIPEDIA**
Eine Kolumne über Fachbegriffe auf Abwegen
- 30 **INTERNATIONAL**
von Christina Erös über Roboter in Japan
- 31 **VERANSTALTUNGEN**
- 32 **CARTOON**
von Lawrence Grimm

BUCHHINWEIS

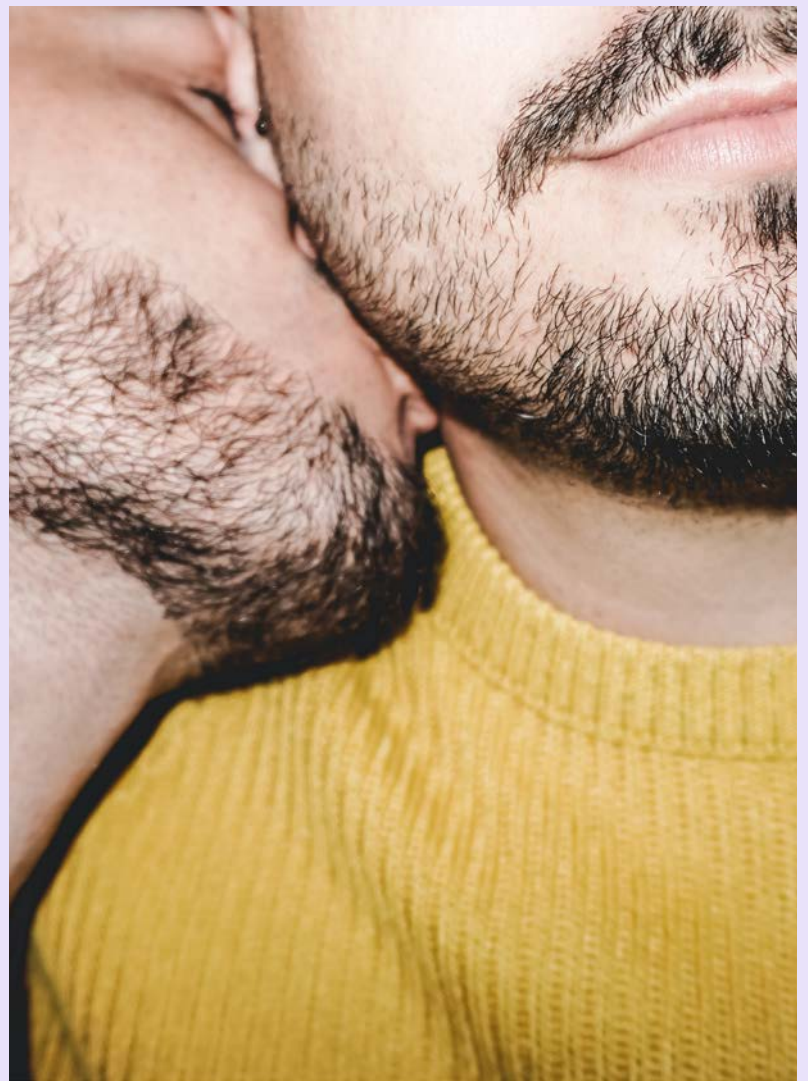
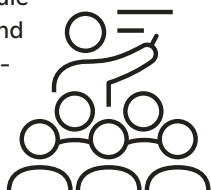
Fremdplatziert und trotzdem gehört

Wächst ein Kind in einem Heim auf, kann es oft nicht viel mitbestimmen in seinem Alltag. In der internationalen Fachdebatte zur stationären Erziehungshilfe wird längst darauf gepocht, das zu ändern: Junge Menschen sollten aus kinderrechtlicher und pädagogischer Sicht stärker an allen sie betreffenden Entscheidungen teilhaben können. Das Problem: In der Praxis gestaltet sich das schwierig. Warum das so ist, zeigt der soeben erschienene Sammelband **«Partizipation in stationären Erziehungshilfen»**. Man erfährt den aktuellen Forschungsstand und unterschiedliche Akteur:innen kommen zu Wort. Das Buch entstand im Rahmen des ZHAW-Projekts «Wie wir das sehen». Ausgangspunkt war die Sichtweise fremdplatzierter Kinder. Das E-Book ist kostenlos auf der Website des Beltz-Verlags verfügbar.

STUDIE

Bildung für Armutsbetroffene

Wer keine oder kaum eine Ausbildung hat, ist oft von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen. In der Schweiz trifft das auf etwa eine halbe Million Menschen im erwerbstätigen Alter zu. In der Studie **«Förderung der Qualifizierung Erwachsener»** gingen ZHAW-Forscher:innen der Frage nach, wie diese Menschen besser für Bildung erreicht werden können. Mehr Wissen darüber zu gewinnen, ist von grosser Bedeutung. Denn wer über wenig Bildung verfügt, hat einen eingeschränkten Handlungsspielraum. Die Folgen für die Schweiz sind wachsende soziale Ungleichheit und Fachkräftemangel. Die kürzlich abgeschlossene Studie entstand in Kooperation mit der Fachhochschule Südschweiz SUPSI und der Hochschule für Soziale Arbeit Genf HETS.



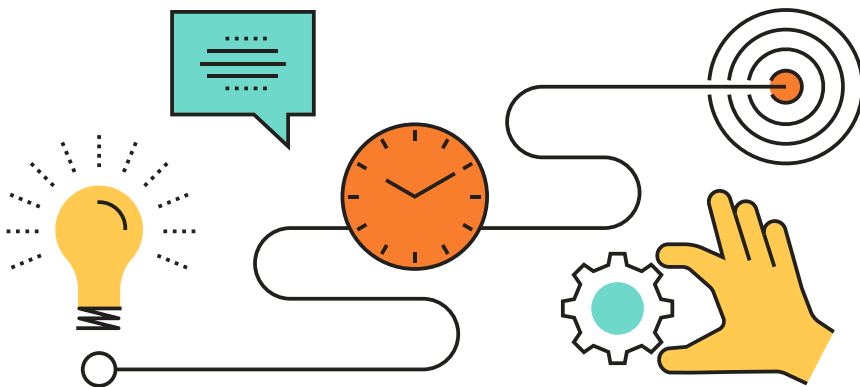
ONLINE-BEFRAGUNG

Was die Community von Pink Cross beschäftigt

Pink Cross wird 30 Jahre alt. Ein passender Zeitpunkt, um mehr über die eigene Community zu erfahren, dachte sich der schweizerische Dachverband der schwulen und bisexuellen Männer. Die ZHAW Soziale Arbeit hat darum in enger Zusammenarbeit mit Pink Cross einen Fragebogen erarbeitet, 1500 Personen nahmen an der Online-Umfrage teil. Die queeren Männer gaben Auskunft über ihre künftigen Prioritäten und ihre Erfahrungen mit Diskriminierung innerhalb der Community und sie beantworteten Fragen rund um Familie und Beziehung. Die Resultate wurden an der Jubiläumsfeier im August in Winterthur präsentiert, auch Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider war am Fest mit dabei. Geplant ist nun, den Datensatz öffentlich zugänglich zu machen. So können die Antworten der Pink-Cross-Community für weiterführende Forschung genutzt werden – ganz im Zeichen der Community Research, bei der Forschende und Beforschte in allen Aspekten eines Forschungsprojektes zusammenarbeiten.

So können soziale Businessideen gedeihen

Seit Frühling 2023 gibt es an der ZHAW das Social Entrepreneurship Labor. Es unterstützt Studierende, Alumni und Mitarbeitende des Departements Soziale Arbeit, eigene Businessideen umzusetzen. Dabei geht es um das Klären praktischer Fragen wie etwa der Finanzierung eines Projekts, aber auch um das Durchspielen von Ideen und um das Sammeln von Erfahrungen. Gefördert werden Projekte, die nicht gewinnorientiert sind, eine positive soziale oder kulturelle Wirkung haben und eine langfristige Veränderung bringen. Programmmanagerin des Labors ist Amanda Felber. Sie hat grosse Erfahrung auf dem Gebiet der Genossenschaften, Start-ups und GmbHs sowie im Bereich der Freiwilligen- und Quartierarbeit. Innerhalb des Departements Soziale Arbeit habe es schon immer viele Ideen für spannende neue Angebote in der Praxis gegeben, sagt Felber. Aber erst jetzt würden sie gezielt gesucht und in der Umsetzung gefördert. Und zwar indem innovative Ideen durch das Social Entrepreneurship Labor begleitet und punktuell durch fachliches Coaching unterstützt werden. Die ersten Projekte sind bereits auf Kurs.



DIE ZAHL

21 %

So gross ist der Anteil von Opfern digitaler Hassrede, die wegen ihres Aussehens angefeindet wurden. Es folgen Nationalität (16,6 %) und Beruf oder Einkommen (15,7 %).

Quelle: DOI 10.1089/cyber.2022.0185

Wenn Papa im Gefängnis ist

Was bedeutet es für ein Kind, wenn ein Elternteil inhaftiert ist? Die Antwort: So genau weiss das in der Schweiz niemand. Denn es gibt weder Statistiken zur Anzahl betroffener Kinder noch Studien über die Auswirkungen der Inhaftierung eines Elternteils auf das Kind, geschweige denn kinderfreundliche Kontaktmöglichkeiten in Gefängnissen. Klar ist lediglich, dass es Auswirkungen hat, wenn ein Elternteil lange abwesend ist. Der Bund ist bestrebt, diese Wissenslücke zu schliessen. Gemeinsam mit der Haute école de travail social et de la santé Lausanne haben Forschende der ZHAW deshalb dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement kürzlich einen Forschungsbericht mit umfassenden Empfehlungen vorgelegt. So sollen beispielsweise künftig schon beim Bau oder Umbau von Vollzugsanstalten die Bedürfnisse der Kinder miteinbezogen werden, die Forschung zu diesem Thema intensiviert und landesweit Statistiken erstellt werden. Ziel aller Empfehlungen ist es, stets auch die Perspektive der betroffenen Kinder zu berücksichtigen. Und zwar von der Verhaftung des Elternteils über den Strafprozess bis hin zur Vollstreckung der Strafe. Das Bundesamt für Justiz plant noch diesen Herbst einen interdisziplinären Austausch zum Thema.





Eine Frage des Vertrauens

Der Start der KESB war von Unstimmigkeiten und Skandalen geprägt. Nun feiert die Behörde ihren 10. Geburtstag. Ein ZHAW-Masterabsolvent macht der KESB dazu ein ganz besonderes Geschenk.

Von MIRKO PLÜSS

Die Gründung der KESB vor zehn Jahren ging einher mit einer tiefgreifenden institutionellen Veränderung. Die kommunalen Vormundschaftsbehörden, die aus Laien zusammengesetzt waren, wurden aufgelöst und durch die regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden ersetzt. Mittlerweile unterstützen und begleiten die regionalen KESB im ganzen Land rund 100 000 Erwachsene und 45 000 Kinder mit Schutzmassnahmen. Fast immer geschieht dies professionell und ohne dass die Öffentlichkeit davon irgendetwas mitbekäme. Dennoch haftet der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ein schlechter Ruf an. In einer Anfang Jahr in der NZZ publizierte Bilanz wird die KESB nach wie vor als «umstrittenste Behörde der Schweiz» bezeichnet. Doch wie umstritten ist sie wirklich?

Bisher konnten nur Vermutungen angestellt werden, wie die KESB in der breiten Bevölkerung wahrgenommen wird. Nun liegt pünktlich zum Jubiläum

zum ersten Mal eine quantitative Studie zum Vertrauen in die Behörde vor. Die Untersuchung «KESB – eine Behörde im Fokus der Öffentlichkeit» entstand im Rahmen eines Masterstudiums am Departement Soziale Arbeit der ZHAW. Für die Studie wurden online 251 Personen in 14 Deutschschweizer Kantonen befragt. Die Studie ist nicht repräsentativ. Die Mehrheit der Studienteilnehmenden wurde im Umfeld des Studienautors rekrutiert. Ausländer:innen sind unter-, Personen mit höherem Bildungsstand überrepräsentiert. Zudem gaben 61 Prozent der Befragten an, entweder selbst in ein Verfahren der KESB involviert gewesen zu sein oder jemanden persönlich zu kennen, der in ein solches Verfahren involviert war.

Niedriges Vertrauen in KESB

Die Befragten mussten auf einer zehnstufigen Skala angeben, wie sehr sie der KESB vertrauen. Der ermittelte Durchschnittswert liegt bei 6,2. Wie ist nun

dieses Vertrauen einzuschätzen? In der Studie wird zum Vergleich auf dieselbe Weise auch das Vertrauen in andere Institutionen abgefragt. Demnach genießt die Polizei das grösste Vertrauen (7,3). Dahinter folgen das Rechtssystem mit einem Wert von 7,2 und das politische System mit einem Wert von 6,7. Die KESB fällt also nicht deutlich ab, erhält aber im direkten Vergleich ein niedrigeres Vertrauen zugesprochen als andere Schweizer Institutionen.

Daneben wurden die Teilnehmer:innen nach weiteren, spezifischen Einschätzungen befragt – mit für die KESB durchgezogenen Ergebnissen. Der Aussage, dass die KESB eine «fachkundige Behörde» sei, stimmten 65,7 Prozent zu. Von einem «fairen Rekursverfahren» gehen 49,1 Prozent aus. Weiter nehmen 45,1 Prozent der Befragten an, dass Betroffene in den Verfahren der KESB «ausreichend informiert» werden; 42,7 Prozent glauben, dass die Betroffenen «ausreichend angehört» werden. Der tiefste Wert resultierte bei der Frage, ob die KESB den Anforderungen an sie als Behörde gerecht werde – nur 38 Prozent stimmten zu.

Die Initial-Katastrophe

Die negative Einstellung gegenüber der KESB dürfte unter anderem mit der Geschichte der noch jungen Behörde und der medialen Wahrnehmung zu tun haben. 2013 gestartet, erlebte die KESB bereits im Januar 2015 sozusagen die Initial-Katastrophe: Eine 27-jährige Mutter tötete ihre beiden Kinder. Eigentlich hatte die KESB verfügt, dass die Kinder in einem Heim untergebracht werden müssen. Der Aufenthalt bei der Mutter über die Weihnachtstage war eine behördlich erlaubte Ausnahme. Zwar entlastete eine Untersuchung der Zürcher Justizdirektion die KESB Winterthur-Andelfingen von schweren Vorwürfen im Fall Flaach. Dennoch folgte ein massives Medienecho, das wiederum auf eine Behörde traf, die über keine professionellen Kommunikationskanäle verfügte.

Carlo Strohner ist der Autor der Studie. Der 35-Jährige hat sie 2022 als Student eines berufsbegleitenden Mas-

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass viel Misstrauen noch immer auf Nichtwissen und falschen Vorstellungen von der Arbeit der KESB basiert.

terstudiums an der ZHAW Soziale Arbeit verfasst. Auch er sagt, dass sich die Ergebnisse möglicherweise zum Teil mit der Entstehungsgeschichte der KESB und einigen medial bekannt gewordenen Fällen erklären liessen. «Als Hauptkritikpunkt gilt grundsätzlich das Eingriffsverhalten der KESB, dass die Behörde also mutmasslich entweder zu früh oder zu spät eingreift», sagt Strohner. «Kritisiert werden aber auch grundsätzlich die Entmachtung der Gemeinden, die Kosten oder die angeblich überbordende Bürokratisierung der Behörde.»

Fehlendes Vertrauen ist gefährlich

Manche Ergebnisse der Studie haben Strohner überrascht: «Dass nur eine Minderheit glaubt, dass man bei der KESB ausreichend informiert und angehört wird, ist irritierend.» Denn genau darauf gebe es im Verfahren der KESB einen gesetzlichen Anspruch. «Offenbar ist es der KESB noch nicht gelungen, solche Grundsätze in der Bevölkerung zu verankern.» Die Befragung zeigt indes auch: Wer schon einmal direkt mit der KESB zu tun gehabt hat, vertraut ihr mehr als jemand, der die Arbeit der Behörde nur aus Erzählungen von Verwandten und Bekannten kennt. Fehlendes Vertrauen könne für die KESB grundsätzlich problematisch sein, sagt Strohner: «Wenig Vertrauen und Zweifel am Wirkungspotenzial der Behörde haben einen Einfluss darauf, ob und in welchen Situationen eine Gefährdungsmeldung abgesetzt wird.»

Zudem zeigten andere Studien, dass die Kooperationsbereitschaft mit einer Behörde ebenfalls stark davon abhängt, wie sehr man ihr vertraut. Strohner, der im Kanton Schaffhausen als Fachverantwortlicher im Bereich Kinderschutz arbeitet, beschäftigt auch die Optik der Sozialarbeitenden, die gemäss Empfehlung in jeder KESB vertreten sein sollten. «Das eher niedrige Vertrauen macht den Job der Sozialarbeitenden nicht einfacher», sagt er. «Eine frühere Umfrage bei den KESB hat bereits gezeigt, dass die Mitarbeitenden die Kritik durch Medien, Öffentlichkeit und Politik als erschwerend für ihre Arbeit wahrnehmen.»

Für präzisere Aussagen zur Erklärung und Entstehung von Vertrauen in die KESB seien weitere repräsentative Untersuchungen erforderlich, schreibt Carlo Strohner in seiner Arbeit. Er wünscht sich eine Studie, «welche differenzierter zwischen Vertrauen von Personen ohne Vorerfahrungen mit der KESB und dem Vertrauen von Betroffenen unterscheiden kann». Doch auch seine Ergebnisse enthielten für die verschiedenen regionalen KESB wertvolle Erkenntnisse: «Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass viel Misstrauen offenbar immer noch auf Nichtwissen und falschen Vorstellungen der Arbeit der KESB basieren könnte. Zumindest dies liesse sich mit einer aktiveren Kommunikationspolitik beheben», ist er überzeugt. Als Beispiel nennt Strohner die vom Fall Flaach gebeutelte KESB Winterthur-Andelfingen, die im Podcast «Schweigepflicht» ihre Mitarbeitenden von realen Fällen erzählen lässt.

Jubiläumsjahr als Chance für KESB

Ähnlich sieht man dies bei der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES. Deren Generalsekretärin, die Juristin und Sozialarbeiterin Diana Wider, sagt: «Das mangelnde Wissen oder falsche Wissen liegt daran, dass die KESB keine eigenen Kommunikationsverantwortlichen haben, die sich um die Öffentlichkeitsarbeit und damit um das Image, den Wissenstransfer oder die Vertrauensbildung kümmern.» Genau solche Stellen hätten hingegen Polizei, Gerichte und andere Institutionen, mit denen die KESB in der Umfrage verglichen wird.

Dennoch beobachtet Diana Wider Verbesserungen – gerade auch im Hinblick auf das 10-Jahre-Jubiläum. «Im laufenden Jubiläumsjahr haben viele KESB der Bevölkerung Einblick in ihren Alltag gewährt», sagt Wider. Und auch die Medienarbeit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nehme stetig zu. «Auch wenn sich die KESB nicht zu konkreten Fällen äussern darf, kann sie mit Beispielen zumindest mehr Einblick geben.» Das schaffe bei der Bevölkerung Verständnis und auch Vertrauen. ✕





Foto: Maja & Daniele

Kinder dürfen alles sein

Puppen + Rosa = Mädchen, Spiderman + Blau = Buben. Diese binäre Sichtweise mit klarer Rollenzuteilung beherrscht einen grossen Teil der Konsumwelt. Mit weitreichenden Folgen, denn: Was Menschen früh lernen, prägt sie fürs Leben. Umso wichtiger ist es, dass in Kindertagesstätten die Geschlechterrollen bewusst reflektiert werden, findet Sofiane Yousfi. Er arbeitete zehn Jahre in einer Kita und schrieb nun seine Masterarbeit über gendersensible Pädagogik. Wie das in der Praxis gelebt werden kann, weiss auch die Zürcher Kita-Leiterin Constanze Cervenka. Ihre Grundhaltung: Wir sollten den Kindern auf vielfältige Weise vermitteln, dass sie richtig sind, so wie sie sind.





«Die Mutter hat praktisch nur geweint»

Die Zustimmungserklärung zur Adoption ist in der Regel in den Akten zu finden. Im Hintergrund aber wurde oftmals starker Druck auf die Mütter ausgeübt. Das zeigt eine Analyse der Adoptionen im Kanton Zug von 1960 bis heute.

Von RAHEL BÜHLER, SUSANNE BUSINGER UND NADJA RAMSAUER

Die 20-jährige Rosa Bernardi ist ledig – und schwanger mit Zwillingen. Sie bringt die Kinder 1963 im Kanton Zug zur Welt. Kurz nach der Niederkunft gibt sie die Säuglinge zur Adoption frei. In den Akten wird festgehalten, dass die junge Mutter dies «nur schweren Herzens und unter dem Druck der Umstände» tat. Rosa Bernardi, die in Wirklichkeit anders heisst, wie alle in diesem Text betroffenen Mütter, gab ihre Kinder also nicht freiwillig weg. Sie tat es unter Zwang.

Ein Team des Instituts für Kindheit, Jugend und Familie wollte mehr über die Adoptionen und den Umgang der Behörden mit den zumeist ledigen Müttern im Kanton Zug wissen. Dafür wurden elf Interviews erneut ausgewertet, die im Rahmen des Forschungsprojekts «Domestic Adoption in Switzerland» unter der Leitung von Thomas Gabriel geführt wurden. Zudem wurden 84 Fallakten analysiert, welche Inlandsadoptionen von 1960 bis heute dokumentieren. Einige Unterlagen dieser Zuger Adoptionsverfahren umfassen bloss wenige Seiten, andere sind mehrere Aktenbündel dick. Verfasst wurden alle Akteneinträge von Behörden und Mitarbeiterinnen der Vermittlungsstellen. Insbesondere die Adoptionsvermittlerinnen nehmen in diesen Verfahren eine ambivalente Rolle zwischen Beratung und Druckausübung ein.

Beim Studieren der Fallakten zeigt sich rasch, dass stets die Rechtmässigkeit und Freiwilligkeit der Adoptionen betont wird. Sie enthalten in der Regel auch die vom Gesetz vorgeschriebene und von der Mutter unterzeichnete Zustimmungserklärung. Die menschlichen Tragödien hinter der Behördensprache lassen sich trotzdem nicht gänzlich verbergen. Zum Beispiel, wenn der Sekretär des Zuger Einwohnerwaisenamtes festhält, dass eine minderjährige Mutter bei der Unterzeichnung der Erklärung «praktisch nur geweint» habe. Der Sekretär forderte die involvierte Adoptionsvermittlerin auf zu prüfen, ob die Kindsmutter wirklich aus freien Stücken auf das Kind verzichte. Es stellte sich heraus, dass die Frau von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt wurde, das Kind zur Adoption zu geben. Diese Erkenntnis änderte nichts an der Situation. Weder Adoptionsvermittlerin noch Behörden intervenierten. Die minderjährige Mutter musste ihr Kind zur Adoption geben, genauso wie Rosa Bernardi ihre Zwillinge.

Das «Ausserehelichenproblem»

Es ist kein Zufall, dass diese beiden Frauen ledig waren. Bis in die 1970er-Jahre waren es vor allem unverheiratete Frauen, die ein Kind zur Adoption gaben. Die uneheliche Schwangerschaft war

zu dieser Zeit noch ein gesellschaftliches Tabu. Und zwar nicht nur in der Öffentlichkeit. Auch in Wissenschafts- und Fürsorgekreisen war die negative Einstellung gegenüber der ledigen Mutterschaft verbreitet. Der Psychiater Hans Binder hielt Anfang der 1940er-Jahre in einer viel zitierten Publikation fest, dass nur ein Drittel der ledigen Mütter «psychisch normal» und «zu einer uneingeschränkten Zuneigung zum Kinde fähig» sei. Namhafte Jurist:innen, Behördenvertreter:innen und Vermittler:innen waren überzeugt, dass die beste und kostengünstigste Lösung des «Ausserehelichenproblems» für alle Beteiligten die Adoption sei.

Die Mütter passten sich diesen Vorstellungen teilweise an. Sie fürchteten, dem Kind kein stabiles Umfeld und keine Geborgenheit bieten zu können, wie es die Gesellschaft erwartete. Die untersuchten Akten und Interviews zeugen auch von der Scham über ein uneheliches Kind und der Angst vor Stigmatisierung. Scham und Angst waren denn auch die Hauptgründe, weshalb viele Frauen ihre Schwangerschaft vor ihrem Umfeld geheim hielten und die Kinder auswärts gebären. So etwa eine Genferin, die für die Zeit der Schwangerschaft nach Zug kam, dort das Kind zur Welt brachte und unmittelbar nach der Geburt wieder nach Genf zurückkehrte. Das Kind kam zu Pflegeeltern im Kanton Aargau.

Drohende Armut

Mütter, die ihr Kind zur Adoption gaben, gehörten einkommensschwachen Schichten an. Unter den Zuger Fällen finden sich viele Kellnerinnen, Hausangestellte oder Verkäuferinnen. Denn neben Scham und Angst vor Stigmatisierung gab es eine weitere Sache, die ledige Mütter umtrieb: das Geld. Entlastend war es, wenn der Vater des Kindes Unterhaltszahlungen zahlte. Schwierig wurde es, wenn der Vater das Kind nicht anerkannte oder die Unterstützung verweigerte. Kaum eine andere Option als die Adoption blieb, wenn ein Vater nicht auffindbar oder unbekannt war und darum nicht zur Unterhaltszahlung verpflichtet werden konnte. Doch auch wenn der Vater Alimente zahlte, reichte das Geld nicht aus. Ledige Mütter mussten immer auch selbst noch arbeiten, um sich und ihr Kind ernähren zu können. Das zeigt das folgende Beispiel einer Zuger Fabrikarbeiterin. Sie schrieb dem Vormund, dass sie das Kind zur Adoption geben wolle, «da für mich keine Möglichkeit besteht, das Kind zu mir zu nehmen. Ich Sorge nämlich für mein jüngstes Mädchen aus meiner Ehe selber, und ich habe keinen so grossen Verdienst, dass ich mit einem kleinen Kindli durchkommen könnte. Denn ich könnte ja nicht mehr in die Fabrik gehen.» Unterstützung

Vonseiten des Staats gab es für Alleinerziehende kaum Unterstützung; Tagesstrukturen waren rar und sowieso unerschwinglich für diese Frauen.

vonseiten des Staats für Alleinerziehende gab es kaum, Tagesstrukturen waren in der gesamten Schweiz noch rar und sowieso unerschwinglich für diese Frauen. Ledige erwerbstätige Mütter waren deshalb für die Kinderbetreuung auf ihr unmittelbares Umfeld angewiesen. Insbesondere auf ihre eigenen Mütter. Dass eine schwangere ledige Frau wenig Alternativen zur Adoption hatte, wenn sich die Mutter weigerte, das Grosskind zu betreuen, zeigt das Beispiel einer 23-jährigen Zuger Verkäuferin aus den 1970er-Jahren. Sie plante, zu ihren Eltern zu ziehen, ihnen nach der Entbindung das Kind anzuvertrauen und von dort aus einer Arbeit nachzugehen. Diese Pläne zerschlugen sich, weil sich ihre Mutter sträube, diese grosse zusätzliche Belastung anzunehmen. Sie habe sonst schon viel zu tun, es seien noch kleinere Geschwister da, und die Mutter sei auch nicht mehr die jüngste mit 55 Jahren. Sie begreife es schon und sie wolle ja ihrer Mutter wirklich nicht noch Zusätzliches aufbürden. Wahrscheinlich sei es ihr auch unangenehm wegen der Nachbarschaft. Die Frau entschied sich, ihr Kind zur Adoption zu geben.

Druck der Familie und der Behörden

Es waren also auch Mütter, die ihre Töchter zur Adoption drängten. Etwa, wenn sie sich aus finanziellen Gründen, wegen eigener Überlastung, Krankheit oder hohen Alters nicht um das Neugeborene kümmern konnten. Oder auch, wenn sie sich für das uneheliche Grosskind schämten. Die Väter







der Schwangeren treten kaum in Erscheinung. So erzählte eine Interviewte, dass nur ihre Schwester und ihre Mutter eingeweiht waren, dem Vater wurde die Schwangerschaft verheimlicht. Beim Adoptionsentscheid spielten also Armut oder drohende Armut stets eine entscheidende Rolle.

Doch die ledigen Mütter wurden nicht nur vonseiten ihres privaten Umfelds unter Druck gesetzt, auch der Staat hatte eher seine eigenen Interessen im Blick als das Wohl von Mutter und Kind. Zwar betonten Behördenvertreter:innen und Vermittler:innen regelmässig, dass die Frauen den Adoptionsentscheid wohlüberlegt und ohne äusseren Druck fällen sollten und dass die Gefahr voreiliger Zustimmung, insbesondere in der vulnerablen Zeit unmittelbar nach der Geburt, gross sei. In der Realität konfrontierten Behördenvertreter:innen die schwangeren ledigen Frauen jedoch oft schon beim ersten Kontakt mit dem Kostenargument und drängten auf eine rasche Entscheidung. Auch hierzu war der Grund das Geld: Eine Platzierung des Kindes bei einer Pflegefamilie zwecks späterer Adoption war für die Behörden gratis und mit wenig bürokratischem Aufwand verbunden. Behielten die Mütter ihre Kinder, bestand Gefahr, dass sie der öffentlichen Unterstützung bedurften.

Änderung durch Revision des Kindesrechts

Auch die eingangs erwähnten Adoptionsvermittler:innen setzten die Mütter teils subtil, teils offen unter Druck. In Zug waren vor allem das Seraphische Liebeswerk, ein katholisches Hilfswerk, sowie die Private Mütter- und Kinderfürsorge aus Rapperswil aktiv. In den untersuchten Akten zeigt sich wiederholt, dass deren Mitarbeiter:innen keine neutrale oder beratende Position einnahmen, sondern die Adoption forcierten. Das zeigt auch das Beispiel der 25-jährigen Petra Käser. Sie war ledig und schwanger und wollte ihr Kind behalten. Die Fürsorgerin des Seraphischen Liebeswerks machte die junge Mutter darauf aufmerksam, dass der Adoptionsentscheid nicht sofort gefällt werden müsse. Gleichzeitig wies sie Petra Käser aber darauf hin, dass vom Kindsvater keine Alimente zu erwarten seien und sie den Pflegeplatz nicht lange selbst finanzieren könne. Sie setzte Petra Käser also offensichtlich kurz nach der Geburt unter Druck, einer Adoption zuzustimmen. Ein Brief der Vormundschaftsbehörde an die Fürsorgerin bestätigt dies: «Der Rat wird Sie in Ihren Adoptionsbemühungen nach besten Kräften unterstützen und versucht, in den nächsten Tagen die Unterschrift für die Adoption beizubringen.»

Die Stellung lediger Mütter besserte sich erst 1976, als durch die Revision des Kindesrechts un-

Mit der Gesetzesrevision 1976 verschob sich die Nachfrage auf Kinder aus dem Ausland. Die Zahlen von Inlandsadoptionen gingen stark zurück.

eheliche und eheliche Kinder gleichgestellt wurden. Ledige Mütter befanden sich zwar weiterhin in prekären Verhältnissen. Neu stand die elterliche Gewalt aber von Gesetzes wegen der Mutter zu und es bedurfte keiner Übertragung durch die Vormundschaftsbehörde mehr, wie das zuvor der Fall war. Neue Verhütungsmethoden wie die Antibabypille führten ausserdem dazu, dass weniger Frauen ungewollt schwanger wurden. Kinder lediger Mütter standen damit nun seltener für eine Adoption zur Verfügung und Inlandsadoptionen nahmen ab Ende der 1970er-Jahre ab. Bei den wenigen Inlandsadoptionen, die es nun noch gab, veränderten sich die Ausgangslage und die Familienkonstellation. Sie waren zunehmend eine selten gewählte Option bei Familien, in denen zumindest ein Elternteil psychisch erkrankt war oder von Suchtmitteln abhängig war. Die nach wie vor grosse Nachfrage adoptionswilliger Paare verschob sich schweizweit und auch in Zug zusehends auf Kinder aus dem Ausland.

Die Adoptionspraktiken von damals prägen das Leben und Wohlbefinden Betroffener bis heute. Für die Adoptierten ist es belastend, die eigene Herkunft nicht zu kennen. Für die Mütter war der vollständige Kontaktabbruch zu ihren Kindern eine lebenslange Belastung. Alle von uns Interviewten erzählten, wie ihnen der Schritt bis heute Mühe machte. Einige berichteten von ihren dadurch ausgelösten psychischen Problemen. Viele Mütter versuchten Jahre später, den Kontakt zu ihren Kindern wiederherzustellen. X

RAHEL BÜHLER und SUSANNE BUSINGER sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, NADJA RAMSAUER ist Dozentin. Sie arbeiten am Institut für Kindheit, Jugend und Familie und leiteten gemeinsam die Studie «Adoption in Zwangssituationen». Deren Ergebnisse werden in den Synthesebänden des Nationalen Forschungsprogramms 76 «Fürsorge und Zwang» im Frühjahr 2024 im Schwabe-Verlag publiziert.





DANIELA WIRZ



REGULA ENDERLIN



LUCREZIA BERNETTA

MIT

Was tun gegen den Fachkräftemangel im Sozialwesen?

Mehr Studienplätze, bessere Arbeitsbedingungen,
mehr Lobbyarbeit – Vorschläge gibt es viele. Aber
was hilft wirklich? Drei Expertinnen ordnen
Strategien und Perspektiven ein.

Interview: REGULA FREULER

Letztes Jahr waren in der Schweiz so viele Stellen unbesetzt wie seit 20 Jahren nicht mehr. Der Fachkräftemangel beschäftigt viele Branchen. In Deutschland ist er im Sozialwesen am grössten. Wie sieht das in der Schweiz aus?

LB Es gibt keine ganz aktuelle Erhebung dazu. Aber laut den drei zwischen 2016 und 2019 durchgeführten Erhebungswellen der Laufbahnstudie im Sozialbereich von Savoiresocial, der Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales, sind die Handlungsfelder Sozialpädagogik und Soziokulturelle Animation am stärksten betroffen. Bei Abschluss der Studie rechnete man mit keinem übermässigen Fachkräftemangel bis Mitte 2024. Dennoch wurde empfohlen, Massnahmen zum Personalerhalt zu ergreifen, weil man bereits eine überdurchschnittlich hohe Abwanderung erkannte.

RE Seit 2022 stellen wir in der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime einen beachtlichen Fachkräftemangel bei Sozialpädagog:innen fest. Ist der Standort der Einrichtung abgelegen, verschärft sich die Problematik nochmals. Doch letztlich ist es für alle schwierig, ihre Stellen mit dem bevorzugten Personal zu besetzen, also Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung.

Wieso zeigt dann der Fachkräftemangel-Index des Personaldienstleisters Adecco einen Fachkräfteüberschuss in der Soziale Arbeit an?

LB Der Index gibt ein falsches Bild wieder, weil die Berufsgruppe, unter welche Sozialarbeitende fallen, extrem heterogen zusammengewürfelt ist. Der Index zählt auch Erwerbstätige aus dem Rechtsbereich, den Medien, der bildenden Künste und so weiter dazu.

DW Aufgrund der Savoiresocial-Studie ging man davon aus, dass der steigende Bedarf an Fachkräften durch Nachwuchs aus den Hochschulen und aus Zuwanderung gedeckt werden könnte. In der Tat gibt es heute mehr Nachwuchs. Beim Zusammenschluss der ZHAW im Jahr 2008 zählte das Departement Soziale Arbeit 589 Studierende, heute sind 968 immatrikuliert. Und die Zahl der Absolvent:innen ist von 99 auf über 200 pro Studienjahr gestiegen.

Der Nachwuchs ist also da. Aber warum bleibt er nicht im Berufsfeld?

LB Die Einarbeitungszeit ist ein grosses Thema. Sie ist zu kurz, es kommt zur Überforderung. Der Unterschied zwischen dem, wie Soziale Arbeit im Studium gelernt wird, und dem, wie sie in der Praxis gelebt wird, ist teilweise gross.

«Wichtiger als eine Fachkarriere sind Weiterbildungen, damit Mitarbeitende nicht ausbrennen.»

REGULA ENDERLIN

RE Auch ich höre, dass junge Sozialarbeitende zu wenig auf die Arbeit mit unseren sehr herausfordernden Kindern und Jugendlichen vorbereitet sind. Um den Einstieg in dieses schwierige Feld zu begleiten, läuft derzeit ein Projekt, das vom zuständigen Amt für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich finanziell gefördert wird. Hier werden Berufseinsteigende beim Start im stationären Kontext mit einem Ausbildungshandbuch unterstützt. Als leistungserbringende Stiftung begrüssen wir diese Anstrengungen sehr. Man darf nicht warten, bis Berufseinsteigende verzweifeln.

Liegt die Überforderung am jungen Alter oder an der Ausbildung?

DW Ganz so einfach lässt sich die Situation nicht erklären. In der 2021 zuletzt durchgeführten Absolvent:innen-Studie des Bundesamts für Statistik gaben die Befragten an, sich durch den Bachelorabschluss an der ZHAW grundsätzlich gut auf den Berufseinstieg vorbereitet zu fühlen. Dennoch kam an den zwei Runden Tischen zum Fachkräftemangel im Sozialbereich, die das Departement Soziale Arbeit dieses Jahr mit Vertreter:innen der Zürcher Sozialarbeitspraxis und der öffentlichen Verwaltung durchführte, das Phänomen des Praxisschocks von Berufseinsteigenden auf. Als Fachhochschule wollen wir neben einer fundierten theoretischen Ausbildung natürlich auch dazu beitragen, diesen Praxisschock durch die Vermittlung von realistischen Bildern über die Praxis und die Herausforderungen und Besonderheiten einzelner Handlungsfelder abzufedern.

Der Praxisanteil eines Bachelorstudiums an der ZHAW ist mit 1500 Stunden schon ziemlich hoch.

DANIELA WIRZ ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der ZHAW Soziale Arbeit und leitet die Fachstelle Kooperationen und Vernetzung.

REGULA ENDERLIN ist promovierte Sozialpsychologin und stellvertretende Geschäftsführerin der Stiftung Zürcher Kinder und Jugendheime.

LUCREZIA BERNETTA ist in der Sozialpädagogischen Familienarbeit tätig. Sie gehört zur Regionalleitung Zürich/Schaffhausen des Berufsverbands AvenirSocial und vertritt die SP in der Sozialbehörde der Stadt Zürich.



DW Ja, und die Praxisausbildung ist eine wichtige, aber nicht die einzige Möglichkeit, Realitätsbezug herzustellen. Ab Herbst bieten wir beispielsweise neu die Möglichkeit an, dass Bachelorstudierende sich ein zivilgesellschaftliches Engagement oder die Mitarbeit in einem Projekt mit Bezug zu Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit in Form von ECTS-Credits anrechnen lassen können. Damit wollen wir ein zusätzliches Fenster zur Praxis öffnen.

Was sind weitere Gründe für die Abwanderung aus dem Berufsfeld?

LB Oft ist es eine Mischung aus unbefriedigenden Arbeitsbedingungen und persönlichen Motiven. Am häufigsten genannt werden der Wunsch nach beruflicher Entwicklung, Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung, fehlende Unterstützung durch Vorgesetzte, psychische Belastung im Job, zu tiefer Lohn. Was den stationären Bereich angeht, so hören wir beim Fachverband AvenirSocial immer wieder, dass Arbeitnehmende trotz Teilzeitanstellung bis zu sechs oder sogar sieben Tage am Stück arbeiten müssen; das ist belastend und nicht familienfreundlich. Und manchmal wird Pikettdienst nicht entlohnt.

RE Ich finde den Ansatz vielversprechend, neue Arbeitszeitmodelle einzuführen. Bei Schicht ist vor allem der Wechsel problematisch. Wie im Spital könnten auch stationäre sozialpädagogische Einrichtungen Jobprofile erstellen, bei denen man nur Nachtschicht macht – oder eben keine. Wir prüfen derzeit ein solches Projekt. Eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus scheint mir nicht zwingend die Lösung für den Fachkräftemangel zu sein. Er betrifft schliesslich auch Branchen, in denen die Löhne höher sind. Aber was die Abgeltung von Nacht- und Wochenendschichten angeht, muss etwas getan werden. Sie ist zu tief.

Wie im medizinischen Bereich ächzen auch im Sozialwesen viele unter der Dokumentationspflicht.

RE Vieles, was nicht im direkten Klient:innen-Kontakt stattfindet, gilt als Administration. Aber das muss man differenzierter anschauen. Teamsitzungen sind unabdingbar, ebenso die Falldokumentation für eine saubere Übergabe innerhalb des Betreuungsteams und die Förderplanung als Reflexionsraum. Im Betrieb, den ich früher leitete, investierte ich viel, damit für das Erstellen der Berichte möglichst wenig Zeit beansprucht wurde. Sie purzelten mehr oder

weniger aus den Standortbestimmungen und Förderplandokumenten heraus.

LB Das ist leider vielerorts nicht der Fall, oft dauert es eine Stunde oder länger pro Bericht.

RE Wenn man mit der Förderplanung arbeitet und gut dokumentiert, an welchen Zielen wie gearbeitet wird und ob die Ziele erreicht wurden, dann sind die Berichte meines Erachtens schon fast geschrieben. Aber wenn ich höre, dass mit dem Schreiben von Berichten eine Wertschätzung gegenüber den Klient:innen ausgedrückt werden soll, läuft etwas schief. Berichte dürfen nicht zum Selbstzweck geschrieben werden. Die Wertschätzung muss viel früher mitgedacht werden, nämlich bei der Förderplanung und bei den Standortbestimmungen.

Und was müsste getan werden, damit der Wunsch nach beruflicher Entwicklung erfüllt werden kann?

LB Immer wieder wird bemängelt, dass in vielen Organisationen alle in etwa denselben Job zum selben Lohn machen, dies unabhängig vom Abschluss, sei das nun Fachhochschule oder Höhere Fachschule, Bachelor oder Master.

DW Hier könnte man nochmals den Vergleich mit dem Gesundheitsbereich wagen und einen Skill-Grade-Mix implementieren. Man setzt dann die Teams in Bezug auf Fähigkeiten sowie Berufs- und Lebenserfahrung zusammen. Mit unterschiedlichen Verantwortungs- und Tätigkeitsbereichen ist auch eine unterschiedliche Entlohnung naheliegend – und die Chance, sich zu entwickeln, allenfalls Karriere zu machen.

RE Ich bezweifle, dass die Fachkarriere das Problem des Fachkräftemangels löst.

Warum?

RE Weil sie die Zufriedenheit der Hochqualifizierten nicht steigert. Die Arbeit selbst wird dadurch nicht attraktiver, man hat nicht auf einmal mehr Zeit für die Klient:innen. Das sieht man in den Spitälern, wo das gemacht wird. Es ist viel wichtiger, dass die Mitarbeitenden sich durch Weiterbildungen für die immer anspruchsvoller werdenden Aufgaben besser qualifizieren können, damit sie gesund bleiben und nicht ausbrennen und kündigen. Ihre Gesundheit ist ein hohes Gut.

Ist wegen dieser Art der Belastung die Fluktuation im stationären Bereich besonders hoch?

RE Wir haben keine statistische Gewissheit, dass dem wirklich so ist. Sicher ist aber, dass die Belastung steigt, etwa wegen der zunehmend

komplexeren Biografien von Kindern und Jugendlichen durch Traumatisierungen und Bindungsstörungen. Wir stellen auch mehr grenzverletzendes Verhalten fest. Immer weniger Fachpersonen wollen sich das antun. Andere gehen, weil sie wegen Unterbesetzung überlastet oder unbefriedigt sind, da sie zu wenig Zeit für die Beziehungsarbeit mit den Klient:innen haben. In einer solchen Situation müssen Organisationen die harte Entscheidung fällen, ob sie ihre Mitarbeitenden schützen und behalten wollen – oder die Zahl der angebotenen Plätze reduzieren, dies mit der Folge, dass Kinder und Jugendliche auf der Strecke bleiben.

Was kann man dagegen tun?

- RE** Abgesehen von neuen Arbeitszeitmodellen und Investitionen in die Weiterbildungen braucht es genügend Fallsupervisionen und Teaminterviews. Seit man über den Fachkräftemangel spricht, hat sich hier etwas in Bewegung gesetzt. Das finde ich positiv.
- LB** AvenirSocial hat vor Kurzem Best-Practice-Beispiele gesammelt, wie man die Arbeitsbedingungen verbessern und die Zufriedenheit steigern könnte. Es handelt sich um Massnahmen, die keine grossen politischen Veränderungen voraussetzen, sondern von Führungspersonen relativ schnell umgesetzt werden können. Zum Beispiel, berufspolitisches Engagement zu ermöglichen oder Teamzeit so zu gestalten, dass Mitarbeitende ohne Führungsfunktion Verantwortung übernehmen können.
- RE** Berufspolitisches Engagement und Lobbyarbeit sind wichtig. Denn der Fachkräftemangel ist nicht einfach ein Problem der Sozialen Arbeit, sondern der gesamten Gesellschaft.
- DW** Als Expertin im Zulassungsverfahren für das Bachelorstudium höre ich in jüngster Zeit vermehrt, dass das Mitgestalten und das Weiterentwickeln von Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit auch Teil der Motivation sind. Dieses dritte Mandat, also der Bezug auf die eigene Fachlichkeit als Profession, ist eine wertvolle und wichtige Voraussetzung unter anderem für politisches Engagement. Organisationen sollten es Mitarbeitenden ermöglichen oder sie dabei fördern, das dritte Mandat wahrzunehmen.
- LB** In vielen Organisationen und Institutionen kommen die Führungspersonen nicht aus der Sozialen Arbeit, weshalb sie das Triplemandat oftmals nicht auf dem Radar haben. Es ist deshalb wichtig, dass in Leitungspositionen auch Fachpersonen aus der Sozialen Arbeit sind.

«Mitarbeitende sollten die Möglichkeit haben, das dritte Mandat wahrzunehmen.»

DANIELA WIRZ

- RE** In der Sozialraumorientierung geht es darum, die Angebote entlang dem Willen der Klient:innen – im Sinne des inneren Antriebs – zu machen. In der Praxis stelle ich aber fest, dass Fachleute immer noch häufig davon ausgehen, dass sie wissen, was als nächster Schritt angesagt ist. Dass man das reflektiert und aus dieser Haltung herauskommt, das wäre für mich wichtig im Triplemandat. Nicht nur berufspolitisches Engagement, sondern auch eine kritische Auseinandersetzung damit, was Soziale Arbeit in der Gesellschaft macht. Diese Reflexionsprozesse müssen in den Institutionen passieren, angestossen oder zumindest unterstützt von Führungspersonen.
- DW** Ich finde beide Aussagen wichtig und richtig. Und sie unterstreichen die Relevanz und die Sinnhaftigkeit eines konsekutiven Masters in Sozialer Arbeit. In unserem Fall qualifiziert er die Absolvent:innen je nach gewählter Profilrichtung genau für die kritische Reflexion und die Bearbeitung komplexer Fragestellungen, dies sowohl für Personen mit als auch für Personen ohne Führungs- oder Fachverantwortung.

Gibt es auch strukturelle Massnahmen, die sich rascher umsetzen lassen?

- DW** Nicht ganz schnell, aber doch schneller als ein sozialpolitischer Wandel, ist die Einbindung von Quereinsteiger:innen. Wir kennen die konkrete Zielgruppe noch nicht, können aber einmal breit an Zugewanderte, an Menschen mit Qualifikationen in einem anderen Bereich, Freiwillige, Pensionierte oder eben auch Konzepte von Service User Involvement denken. Es gibt viele interessante Ansätze und es ist wichtig, dass wir sie gut und bald prüfen, um diese Personen für die Arbeit in der Praxis zu qualifizieren. ✕





Die Kommunikation soll gleichberechtigt sein: Modell aus einem ZHAW-Seminar.

Wie wär's mit einer Art Tinder für Soziale Dienste?

Adressat:innen Sozialer Arbeit verfügen über einzigartiges Erfahrungswissen. Wie lässt sich das in der Ausbildung von Sozialarbeitenden nutzen? Erkenntnisse aus drei Seminaren.

Von MICHAEL HERZIG und GISELA MEIER

Was in Grossbritannien selbstverständlich ist, erscheint uns in der Schweiz noch sehr fremd: Klient:innen Sozialer Arbeit als Expert:innen zu sehen. Die Idee dahinter: Sie haben ein einzigartiges Erfahrungswissen, das für angehende Sozialarbeitende wertvoll ist. Es ist deshalb ein Gewinn, sie in die Ausbildung der Sozialarbeitenden miteinbeziehen. Genannt wird dieses Konzept «Service User Involvement» (SUI).

Um herauszufinden, wie Service User Involvement konkret aussehen könnte, wurden zwischen Herbst 2022 und Frühling 2023 an der ZHAW Soziale Arbeit drei Seminare durchgeführt. Dabei kamen Studierende, User:innen und Praxisvertretende zusammen. Getönt hat das zum Beispiel so: «Entweder hast du Glück oder Pech mit deinem Sozi.» Es ist die Aussage einer Sozialhilfeempfängerin, die weiter sagte, dass sie momentan zufrieden sei mit ihrer fallführenden Person in der wirtschaftlichen Sozialhilfe – es aber auch schon anders gewesen sei. Die anderen Expert:innen mit Erfahrung als Klient:innen Sozialer Arbeit nickten. Die anwesenden Sozialarbeitenden und Bachelor-Studierenden wiederum nahmen die Aussage der Sozialhilfebezügerin gleich zum Anlass, mögliche Ursachen solcher Erfahrungen zu diskutieren. Zur Sprache kamen dabei etwa Machtunterschiede, Bürokratie, politische Erwartungen und organisationale Zwänge. In der Folge arbeiteten Studierende, Sozialarbeitende und Klient:innen gemeinsam an möglichen Lösungen dieses und anderer Probleme.

Eine Idee lautete, von Kindern zu lernen. Diese, so die Annahme, können unbeschwerter als Erwachsene neue Beziehungen knüpfen. Die Erkenntnisse daraus sollten genutzt werden, um den Beziehungsaufbau in der Sozialberatung zu erleichtern. Eine andere Gruppe schlug eine Art Tinder für Soziale Dienste vor. Was bedeuten würde, dass sich Sozialhilfebezüger:innen ihre Fallführenden aussuchen können, anstatt zugeteilt zu werden. Und zwar ganz simpel mit einer Smartphone-App. Anders als beim richtigen Tinder hätte allerdings nur eine Seite eine Wischfunktio-

on – und zwar die Seite der Klient:innen. Die Seminare zeigten es ganz praktisch: Das Know-how der Adressat:innen ist einzigartig. Nur sie können sagen, wie sich Gesprächsführungstechniken auf der anderen Seite des Beratungsverhältnisses anfühlen oder wie bürokratische Prozesse Ohnmachtsgefühle auslösen können. Das Wissen lässt sich nutzen. Voraussetzung dafür ist, dass es als eine Form von Expertise anerkannt wird.

Missverhältnis vermeiden

Derzeit ist es so, dass Sozialarbeitende in Ausbildung häufig bloss im Rahmen der obligatorischen Praktika auf Klient:innen treffen. Den Abbau von möglichen gegenseitigen Ängsten, Missverständnissen und Vorurteilen unterstützt das allerdings nur bedingt. Service User Involvement in der Ausbildung soll daher auch dazu beitragen, dass Sozialarbeitende ihre Adressat:innen möglichst früh als gleichberechtigte Co-Partner:innen erleben.

Ziel der drei Seminare war es, Ideen für zukünftige Unterrichtsformen zu entwickeln, in denen Adressat:innen Sozialer Arbeit ihr Erfahrungswissen gleichberechtigt weitergeben können. Ausgehend von den Bedürfnissen von User:innen und Studierenden wurden deshalb Kreativtechniken eingesetzt, um Ideen für den Unterricht zu entwickeln, mit deren Umsetzung das Bachelorstudium stärker an den Bedürfnissen sowohl von Studierenden als auch von User:innen ausgerichtet würde. In der Lehre sind viele Formen von User Involvement denkbar. Das reicht von gegenseitigem Erfahrungsaustausch bis zum Einbezug von User:innen in die Beurteilung studentischer Leistungsnachweise.

Dazwischen gibt es viele kreative Ideen, wie sie unter anderem in den drei Seminaren entwickelt worden sind. So haben einige Arbeitsgruppen eine Art Ausbildungsbetrieb unter dem Dach der ZHAW angeregt. Damit sind Beratungsangebote, teilweise auch Beratungsräume gemeint, in denen Studierende Praxiserfahrung sammeln könnten und dabei nicht nur von Lehrpersonen betreut und gecoach werden, sondern eben auch

von User:innen. Immer wieder aufgegriffen wurde auch die Ausbildung in Gesprächsführung. Studierende bemängelten, im Rahmen des Studiums wenig üben zu können. Adressat:innen wiederum berichteten von stigmatisierenden oder abwertenden Gesprächen in der Praxis. Daraus entstanden diverse Ideen für Gesprächsführungstrainings bereits in einer frühen Phase des Studiums, sowohl in Online-Settings als auch im Kontaktunterricht.

Und dann ist da noch das Thema Geld. Auch an der Entlohnung zeigt sich, ob ein Verhältnis auf Augenhöhe ist. Werden User:innen in der Lehre als Expert:innen angesehen, brauchen sie auch das gleiche Honorar wie andere externe Dozierende. Die Finanzierung allerdings wird auch international als häufigste Hürde genannt, um User:innen als Expert:innen einzubeziehen. Darum wurden die drei Lehrveranstaltungen an der ZHAW aus einem Projektkredit finanziert. Reguläre Modul- oder Seminarbudgets erlauben keinen so umfassenden Personaleinsatz. Falls also Adressat:innen Sozialer Arbeit in Zukunft systematisch in der Bachelorausbildung unterrichten sollen, ist eine Änderung der Rahmenbedingungen unumgänglich.

Grosses Interesse der Lehrpersonen

Eine interne Umfrage am Departement Soziale Arbeit der ZHAW zeigte: Die befragten Lehrpersonen begrüssen zwar den systematischen Einbezug des Erfahrungswissens von Adressat:innen, ordnen ihm aber unterschiedlichen Stellenwert bei. Manche befürworten eine gleichwertige Gewichtung von Erfahrungswissen und wissenschaftlichem Wissen, andere sehen es eher als Ergänzung. Dieser unterschiedlichen Haltung begegnet man auch im internationalen Hochschulraum und sie bedarf der kritischen Auseinandersetzung.

Das Projekt wurde im August abgeschlossen und konnte wichtige Bedürfnisse aller Beteiligten aufzeigen. In einem nächsten Schritt werden nun Empfehlungen formuliert, wie Service User Involvement in die Lehre integriert werden könnte. X

Nur die Klient:innen können sagen, wie sich die Gesprächsführung des Sozialarbeitenden auf der anderen Seite des Tisches anfühlt.

MICHAEL HERZIG ist Dozent, GISELA MEIER ist wissenschaftliche Mitarbeiterin. Beide forschen am Institut für Sozialmanagement und führten gemeinsam das Projekt «Service User Involvement in der Ausbildung der Sozialen Arbeit» durch.



Wie studiert man mit ChatGPT?

Künstliche Intelligenz birgt Risiken – aber auch Chancen. In der Ausbildung zukünftiger Sozialarbeitender sollten wir die Entwicklung kritisch mitgestalten, um die Gefahren zu minimieren.

Von SARAH FRANKE, STEFAN A. KELLER, MENNO LABRUYÈRE



Die einen sehen in ihr die Verheissung einer grossartigen Zukunft, bei anderen ruft sie Weltuntergangsfantasien hervor: künstliche Intelligenz (KI), wie maschinelles Lernen umgangssprachlich genannt wird. Seit dem Start von ChatGPT im letzten Winter sorgt das KI-Tool für Aufregung – auch am Departement Soziale Arbeit der ZHAW. Die Angst vor Plagiaten und Prüfungsbetrug ist noch die kleinere Sorge vieler Dozierender. Grösser ist die Befürchtung, dass KI in die ureigensten Bereiche der Wissenschaft eindringt: das Generieren, Kuratieren und Weitergeben von Wissen. Oder die Angst, dass Studierende in Zukunft nicht mehr analytisch denken und strukturiert schreiben können. Was viele Dozierende ebenso beschäftigt, ist die Frage: Wie sollen angehenden Sozialarbeitenden Kompetenzen vermittelt werden, wenn die klassischen Methoden so radikal infrage gestellt sind?

Als Mitarbeitende des Teams Digital Campus beschäftigen wir uns damit, wie analoge und digitale Lehr- und Lernformen im Unterricht sinnvoll verknüpft werden. KI hat auch unseren Arbeitsalltag, unsere Diskussionen, unsere didaktischen Visionen stark verändert. Wir wagen fünf Thesen:

1. Wer das Potenzial von KI ausblendet, bremst den Fortschritt.

Es ist noch gar nicht so lange her, seit die Web-2.0-Technologie aufkam und Wikipedia Einzug in unser aller Leben hielt. Die Befürchtungen waren damals ähnlich wie heute: Hochschulen werden ihr Monopol auf Wissensproduktion verlieren und Studierende sich nur noch oberflächlichem Wissen hingeben. Bewahrheitet hat sich das nicht. Im Gegenteil: Die Studierenden lernten, Informationsquellen auf neue Weise kritisch und reflektiert auf ihre Qualität und ihren Gehalt hin zu beurteilen. Das Beispiel Wikipedia zeigt, wie wir gelernt haben, neue Technologien sinnvoll zu nutzen. Genauso kann nun der Einsatz von KI ein unterstützendes Werkzeug sein, indem Studierende sich auf komplexe Probleme konzentrieren können, während KI repetitive Aufgaben erledigt. So können beispielsweise Gespräche mithilfe von KI gleich in schriftliche Protokolle oder Berichte umgewandelt werden. Zeitintensives transkribieren entfällt – nicht aber Kontrolle und Reflexion durch einen Menschen.

2. Wer KI kann, kann soziale Probleme effektiver anpacken.

Sozialarbeiter:innen sollten nicht nur Grundlagen und Auswirkungen von KI in ihrer Arbeitspraxis verstehen. Vielmehr sollen sie eine aktive Rolle bei der Gestaltung und der Implementierung von KI-An-

wendungen einnehmen. Ein Beispiel ist die Analyse grosser Datenmengen. Dort kann KI helfen, Muster und Trends zu identifizieren und personalisierte Unterstützung anzubieten. Das wiederum ermöglicht eine präzisere Bedarfsanalyse und die Entwicklung massgeschneiderter Hilfsangebote. Die Auseinandersetzung mit KI-Systemen ermöglicht den künftigen Sozialarbeiter:innen, ihre berufliche Relevanz in einer zunehmend digitalisierten und technologiegetriebenen Arbeitswelt zu erhalten. Darüber hinaus befähigt es sie, sich im politischen Diskurs für eine gesunde Balance von Mensch und Maschine in einer digitalisierten Sozialen Arbeit zu positionieren.

3. Mit KI kann Soziale Arbeit interdisziplinär werden.

Durch projektbasierte, disziplinübergreifende Kooperationen zwischen Studierenden der Sozialen Arbeit und der ZHAW School of Engineering lernen künftige Sozialarbeiter:innen bereits im Studium fachfremde Berufsfelder kennen. Damit werden sie auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Praxis vorbereitet. Studierende lernen dadurch abzuschätzen, inwiefern mit Hilfe von KI-Technologien auf soziale Herausforderungen reagiert werden kann und wo Chancen und Grenzen liegen. Durch die Integration und Verschränkung von sozialarbeiterischem Fachwissen und KI-Technologien entstehen neue Ansätze zur Verbesserung von Prävention, Intervention und Nachsorge.

4. Gezielter Unterricht über digitale Soziale Arbeit fördert Innovation.

Es ist offensichtlich, dass die Entwicklungen im Bereich KI schnell voranschreiten. Bremsen lässt sich das kaum. Durch die Implementierung von KI-Kompetenzen in die Studiengänge werden Studierende aber in der Lage sein, ihre Fachkenntnisse mit den Möglichkeiten der digitalen Technologie zu verbinden, dadurch die Wirksamkeit ihrer Interventionen zu steigern und innovative Lösungsansätze zu entwickeln. So können sie zu einer nachhaltigen Veränderung in der Sozialen Arbeit beitragen.

5. Wer sich auskennt, kann kritisch sein.

Mehr denn je sollen Studierende heute eine kritische Haltung in Bezug auf den ungebremsen technologischen Fortschritt entwickeln. Die kritische Reflexion und der qualifizierte Umgang mit künstlicher Intelligenz ermöglicht es ihnen, die ethischen Implikationen zu erkennen und Verantwortung zu übernehmen. Damit können KI-Anwendungen im Einklang mit den Werten der Sozialen



Arbeit eingesetzt werden. Studierende sollen KI auf dieser Grundlage als Werkzeug nutzen, um effektivere Unterstützungsprozesse zu gestalten, ohne dabei den persönlichen Kontakt zu vernachlässigen. Denn trotz rasant fortschreitender Digitalisierung bleibt die zwischenmenschliche Beziehung in der Sozialen Arbeit von grundlegender Bedeutung. In Bereichen wie Datensicherheit, digitale Erbschaft und Privatsphäre hilft das Wissen um die Funktionsweise von KI dabei, Massnahmen zu ergreifen, um die Vertraulichkeit und den Schutz persönlicher Informationen zu gewährleisten.

In absehbarer Zeit lassen sich KI-Kompetenzen auf breiter Ebene nicht wirkungsvoll in die bestehenden Studiengänge implementieren. Das ist eine Herausforderung für die Hochschulen. Es ist deshalb umso wichtiger, künstliche Intelligenz punktuell in verschiedenen Bereichen des Studiums zu thematisieren – im Wissen darum, dass KI eine Vielzahl von Chancen bietet. Insbesondere dort, wo sie bürokratische Prozesse vereinfacht und damit bei Sozialarbeiter:innen Ressourcen für die Interaktion mit den Klient:innen freisetzt. Im Hochschulbetrieb ist künstliche Intelligenz aber auch eine Einladung zur Kreativität. Denn KI zwingt zum Umdenken. Ein Beispiel sind Prüfungen, die auf reiner Wissensabfrage basieren. Schon immer wenig nachhaltig, machen sie seit der breiten Verfügbarkeit von KI kaum mehr Sinn. Eine Alternative wäre vermehrtes projektbasiertes Arbeiten. Die Reflexion bekäme damit mehr Raum im Studium. So würde KI entgegen den Befürchtungen auch nicht dazu beitragen, das analytische Denken angehender Sozialarbeiter:innen zu schmälern. Ganz im Gegenteil. ✕

SARAH FRANKE, STEFAN ANDREAS KELLER und MENNO LABRUYÈRE vom Team Digital Campus unterstützen Dozierende in der (digitalen) Lehrentwicklung am Departement Soziale Arbeit der ZHAW.



Rund elf Prozent der Schweizer Bevölkerung leben im Ausland, das sind mehr als 800 000 Personen.

Sozialhilfe gibt es weltweit

Es ist eine Schweizer Besonderheit: Wer im Ausland lebt und in finanzielle Not gerät, kann Sozialhilfe beziehen. Ganz uneigennützig ist das nicht.

Von MIRKO PLÜSS

Seit 15 Jahren wohnt der Schweizer IT-Fachmann in Sri Lanka. Anfangs lief sein Geschäft gut. Mit den Jahren wurden die Aufträge weniger und die finanzielle Lage des IT-Fachmanns wurde immer düsterer. Irgendwann stand er ohne Job und Geld da. In seiner Not wandte sich der Mann an die Schweizer Botschaft in Colombo und beantragte Sozialhilfe. Die Unterstützung aus dem Heimatland ermöglichte es ihm, sein Leben im Ausland weiterzuführen und eine neue Stelle zu suchen.

Tiefe Sozialhilfequote im Ausland

Rund elf Prozent der Schweizer Bevölkerung leben im Ausland. Letztes Jahr waren es erstmals über 800 000 Personen. Geraten sie in finanzielle Schwierigkeiten, müssen sie nicht gleich die Heimreise antreten. Denn Sozialhilfe steht auch Auslandschweizer:innen zu. Das Beispiel mit dem IT-Fachmann in Sri Lanka ist zwar fiktiv, ähnliche Geschichten hört das kleine Team, das sich beim Bund eigens um die Sozialhilfe ausserhalb der Schweiz kümmert, aber

regelmässig. «Wir leisten in unserem Fachbereich weder Touristenhilfe noch wirtschaftliche Aufbauhilfe», sagt Alessandro Monti. Er ist Senior Advisor des Fachbereichs Sozialhilfe für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer (SAS). Die Kriterien für den Bezug von Sozialhilfe des Bundes seien klar geregelt: Es haben nur Personen Anspruch, die keinen Wohnsitz in der Schweiz haben und bei denen im Falle einer Doppelbürgerschaft die ausländische Staatsangehörigkeit nicht «vorherrscht». Das zu beurteilen, ist nicht immer einfach: «Wir schauen uns an, wo die Person ihre Kindheit und ihre Ausbildungsjahre verbracht hat, wie lange sie schon im Ausland lebt, welche Sprache sie spricht und wie oft sie die Schweiz besucht», sagt Monti. Diese Kriterien wurden gemeinsam mit Migrationsexpert:innen entwickelt. Pro Jahr wird in rund sechs bis acht Dossiers beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde gegen verfügte Entscheide eingereicht. «In über 90 Prozent der Fälle wird unsere Einschätzung bestätigt», sagt Monti. Letztes Jahr unterstützte der

Bund weltweit in 342 Fällen mit Sozialhilfe. Die Bezugsquote ist damit deutlich tiefer als in den Kantonen.

Kontakt via Skype

Logisch, dass der Alltag des sechsköpfigen Teams, das auch vier Sozialarbeiter:innen zählt, etwas anders aussieht als beim Sozialamt in Rorschach oder Liestal. Schliesslich leben die Auslandschweizer:innen in über 200 verschiedenen Ländern. Jede:r Mitarbeiter:in betreut daher mehrere Länder. Die Anmeldegesuche werden von den Schweizer Botschaften und Konsulaten der entsprechenden Länder eingereicht. Müssen Bankdaten oder andere Dokumente eingefordert werden, läuft der Kontakt ebenfalls über Botschaft oder Konsulat. «Je nach Fallkonstellation nehmen wir aber vermehrt auch persönlich Kontakt zu den Antragstellenden auf», sagt Alessandro Monti. Via Skype funktionieren die heutzutage ziemlich gut. Etwas aufwendiger wird es bei komplexen und undurchsichtigen Gesuchen. In solchen Fällen reicht Skype nicht, um sich ein

Hack4SocialGood

19./20. April 2024
in Zürich

Challenges
gesucht



Arbeitest du in einer Organisation im Sozialwesen und hast du ein Problem, das mit einem digitalen Tool wie Chatbot, Dashboard oder App gelöst werden könnte? Dann reiche jetzt dein Projekt ein!

Mehr Infos



Ein Kooperations-Hack von:



Bild zu machen. Braucht es umfangreichere Abklärungen, kann die SAS eine:n Mitarbeiter:in der entsprechenden Botschaft beauftragen, einen Hausbesuch zu machen. Dabei wird beurteilt, ob die Sozialhilfe angemessen ist und zweckbestimmt verwendet wird. Zudem wird geprüft, ob die Bedürftigkeit gegeben ist, und man achtet allenfalls in Absprache mit dem Vertrauensanwalt der Botschaft darauf, ob bei Verdachtsmomenten ein Ausschlussgrund nach dem Auslandsschweizergesetz vorliegt.

Regelmässig müssen die Mitarbeitenden der SAS falsche Erwartungen aus der Welt schaffen. Denn wer im Ausland Sozialhilfe bezieht, bekommt weniger Geld, als wenn er in der Schweiz Unterstützung beziehen würde. Die SAS richtet sich nach den Unterstützungsansätzen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, rechnet diese aber länderspezifisch um. Für den IT-Fachmann aus Sri Lanka heisst das: 700 Franken bekäme er, wenn er in der Schweiz leben würde. Es ist der von der SKOS vorgegebene Teil des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt. Die 700 Franken werden nun aber in die entsprechende Landeswährung umgerechnet und um die Kaufkraft bereinigt. Was bedeutet, dass der IT-Fachmann in Sri Lanka pro Monat 200 Franken bekommt, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Weitere Ausgaben wie Miete oder Verkehrskosten werden nach effektiver Höhe übernommen, wenn sie verhältnismässig sind.

Teil der humanitären Tradition

Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch bei der Sozialhilfe im Ausland: Hilfe wird nur gesprochen, falls im Land selbst keine Unterstützung gewährt wird oder die Leistungen nicht ausreichen. Neben monatlichen Geldern bezahlt die SAS auch einmalig für medizinische Auslagen, wie folgendes Beispiel zeigt: Eine in Neuseeland wohnhafte Auslandschweizerin wurde kürzlich bei einem Aufenthalt auf den Fidschi-Inseln überfallen und verletzt. Da die medizinische Behandlung auf den Fidschi-Inseln ungenügend ist, organisierte die SAS



Wer fern von der Schweizer Heimat lebt und arbeitet, bekommt auch Sozialhilfe – aber umgerechnet in die Landeswährung und um die Kaufkraft bereinigt.

einen Ambulanz-Jet, mit dem die Frau in ein Spital nach Neuseeland zurückgefliegen werden konnte. Und falls am anderen Ende der Welt dann doch einmal alle Stricke reissen, ist die SAS ebenfalls zur Stelle: Wer kein Geld mehr hat, die Voraussetzungen für die Unterstützung vor Ort nicht erfüllt und definitiv in die Schweiz zurückkehren will, kann Rückkehrhilfe in Anspruch nehmen. Es ist eine Schweizer Besonderheit, dass die soziale Sicherung in dieser Breite weltweit greift. Viele Länder unterstützen ihre Bürger:innen im Ausland gar nicht, andere haben strenge Regeln. Auslandsdeutsche beispielsweise erhalten grund-

sätzlich keine Sozialhilfe. Ausnahmen macht Deutschland einzig bei Notlagen und nur dann, wenn die Person nicht zurückkehren kann. Bei der Schweiz spielt auch der finanzielle Aspekt eine Rolle: «Wenn wir jemanden in einem Pflegeheim in Südafrika unterstützen, kostet uns dies monatlich etwa 1000 Franken.» Während derselbe Fall in der Schweiz bis zu 10000 Franken kosten könnte, so Monti. Hauptsächlich habe es aber mit dem gesellschaftlichen Selbstverständnis zu tun, dass die Schweiz ihre Bürger:innen auch im Ausland unterstützt, sagt Monti: «Es entspricht unserer humanitären Tradition.» ✕



Wir sollten uns mit der Zeit verbünden: Coachin Marlis Stucki.

Immer genug Zeit

Wie man der Zeit nicht ausgeliefert ist, sondern sich mit ihr verbündet, weiss MAS-Absolventin Marlis Stucki.

Von MIRKO PLÜSS

Mit einem Bild von Leuchtturm, Meer und vorüberziehenden Möwen werden Besucher:innen auf Marlis Stuckis Webseite begrüsst. Es ist ein Bild, das zu sagen scheint: Keine Eile, du hast alle Zeit der Welt. Marlis Stucki hat es bestimmt nicht zufällig gewählt. Denn in ihrer Arbeit als Beraterin beobachtet sie, dass Zeit eher knapp als im Überfluss vorhanden ist. Zum Beispiel wenn Klient:innen unter Zeitstress in eine Supervision rennen und gleich danach zum nächsten Termin.

Wir treffen Marlis Stucki in einem Pop-up-Café oberhalb des Berner Hauptbahnhofs. Über Zeit wollen wir sprechen und bringen dafür hoffentlich genug Zeit mit. Stucki, die im Raum Bern ihre eigene Praxis für Supervision, Coaching und Mediation hat und regelmässig Teams aus dem Berufsfeld der Sozialen Arbeit supervidiert, hat vor sich ihre Masterarbeit liegen. «Zeitsouveränität in der Beratung», ist der Titel. Stucki schrieb sie letzten Herbst und Winter an der ZHAW Soziale Arbeit. «Das Phänomen Zeit beschäftigt mich schon sehr lange», sagt die 48-Jährige. Im Kern ihrer Arbeit geht es um die Frage: Wie können Berater:innen dem Phänomen Zeit innerhalb einer Beratung souverän begegnen?

Vom Recht auf Zeit

Denn selbst die existentiellsten Themen können im Rahmen einer Beratung nicht gänzlich ohne Zeitdruck abgehandelt werden. Gleichzeitig kann Zeitdruck gerade in sensiblen Settings hemmend wirken. Marlis Stucki ist es deshalb ein wichtiges Anliegen, Berufskolleg:innen dazu anzuregen, sich bewusst mit der Zeit und ganz konkret mit der eigenen Zeitsouveränität auseinanderzusetzen. Schliesslich habe jeder Mensch das Recht über sein Leben wie auch über seine Lebenszeit zu entscheiden. Im klassischen Zeitmanagement werde Zeit jedoch meist defizitär gehandhabt. Also stets mit dem Blick auf Zeitprobleme.

Marlis Stucki hingegen wählt einen positiven Zugang: Sie zeigt Berater:innen Instrumente wie Achtsamkeit oder Selbstmitgefühl, mit deren Hilfe sie ihr Zeiterleben für sich und andere wirksam gestalten können. Die Fähigkeit zu erlangen, sinnvoll über die eigene Zeit zu verfügen, brauche eine gewisse Ergebnisoffenheit im Prozess: «Wer sich erlaubt, gemächlich unterwegs zu sein, ist der Zeit nicht ausgeliefert, sondern verbündet sich quasi mit ihr.» So schreibt sie in ihrer Thesis dann auch: «Das Wissen, die Haltung, das Denken, Fühlen und Handeln von Berater:innen im Kontext von Zeit hat Auswirkungen auf deren Beratungssetting.» Gerade wenn sie Teamsupervisionen beratend begleite, sei es wichtig, allen Teilnehmer:in-

nen zu vermitteln, dass man nicht zu einer Lösung eilen müsse, sagt Stucki. Ein wichtiger Aspekt bei solchen Beratungen sei, dass ein geschützter Raum vorhanden sei. «Zu vermitteln, dass zusätzlich auch genügend Zeit vorhanden ist, dürfte aber mindestens genauso wichtig sein.»

Berufliches Profil schärfen

Für ihre Masterarbeit hat die Coachin im Frühling die Bestnote erhalten. Die Arbeit verfasste die Mutter eines Sohnes berufsbegleitend, mit einem breiten Literaturstudium hat sie sich zuvor in das Thema vertieft. Beim Verfassen half ihr, dass sie den grössten Teil der anfallenden Arbeitslast selbst einteilen konnte. Dennoch sei die Belastung teilweise gross gewesen. Wenn man sich den Karriereweg von Stucki anschaut, dürfte es nicht ihre letzte Fortbildung gewesen sein. Geboren und aufgewachsen in einem 500-Seelendorf im Gürbetal, zwischen Bern und Thun, war Stucki zuerst als Primar- und Realschullehrerin in den Kantonen Bern und Zürich tätig. Danach arbeitete sie als Flight Attendant drei Jahre lang bei der Swissair. Anschliessend absolvierte sie an der ZHAW das Studium der Sozialen Arbeit – damals noch am Standort Dübendorf. Zehn Jahre arbeitete sie im Kinderschutz als Berufsbeiständin. «Da kristallisierte sich immer mehr heraus, dass mir der beratende Aspekt der Arbeit am meisten liegt.» Anfang 2023 hat sie sich selbstständig gemacht.

In der Übergangsphase von angestellt zu selbstständig schrieb Stucki schliesslich ihre Masterarbeit, um den MAS Supervision, Coaching und Mediation abzuschliessen. Während der Ausbildung hatte sie zusammen mit rund 20 anderen Absolvent:innen gelernt, prozessorientiert zu beraten, Organisationen in Innovationsprozessen zu begleiten und Konflikte zu moderieren. «Die Weiterbildung an der ZHAW habe ich als sehr wertvoll erlebt. Ich bin dabei anderen und mir selbst intensiv begegnet», sagt Stucki. «Nach meiner Weiterbildung bin ich up to date mit der Theorie, zudem konnte ich mein Beraterinnen-Profil weiterentwickeln und schärfen.»

Die Masterthesis habe ihr eine empirisch fundierte Einstellung zu einem Thema verschafft, welches sie schon seit Langem bewege. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung wiederum hatte praktische Auswirkungen auf ihren Alltag: «Es fällt mir nun leicht, mit zeitlichen Herausforderungen und dem gesellschaftlichen Zeitdiktat einen guten Umgang zu finden», sagt Marlis Stucki. «Und ich freue mich, wenn sich dies ebenfalls positiv auf die Klient:innen auswirkt.»



Fall, der

[Fall]

Als «Fall» bezeichnen wir in der Sozialen Arbeit in der Regel das, womit wir es alltäglich zu tun haben: komplexen Lebensrealitäten von Einzelpersonen, Familien, Gruppen und Communitys sowie in Quartieren und Sozialräumen. Oft gehen Fallbeschreibungen auch mit (vermeintlich) expertisegestützten, fachsprachlichen Kategorien einher – wir denken beispielsweise an Fälle von Schulverweigerung, von Kindeswohlgefährdung, von Wohnungslosigkeit. Unmittelbar damit verbunden wiederum sind Zuschreibungen der Zuständigkeiten – Fall *für* die Schulsozialarbeit, *für* die Heimerziehung, *für* die Gassenarbeit.

Was aber beschreibt der Begriff «Fall» eigentlich? In Fachwörterbüchern der Sozialen Arbeit finden sich Einträge zu «Fallarbeit» oder «Fallzahl», der Begriff «Fall» als solches wird jedoch meistens nicht näher behandelt. Ist der Fallbegriff also (fach)sprachliches Allgemeingut und ein Hinterfragen deshalb unnötig? Grund genug, der Sache einmal nachzugehen: Etymologisch geht «Fall» auf das althochdeutsche *fal* zurück, was einen Sturz, eine Kränkung, ein Ärgernis beschrieb. Über das Sprachbild der gefallenen Würfel wurde daraus «Fall» als Begriff für eine formale (Rechts-)Angelegenheit. Der Fall als Sturz, Kränkung, Ärgernis: Nicht erst der Gedanke an die lange Zeit verbreite Metapher des «gefallenen Mädchens» für eine unverheiratete, ungewollt schwangere Frau lässt bei «Fall» also stets auch eine Konnotation des selbstverschuldeten Unglücks mitschwingen. Versteht sich Soziale Arbeit als diskriminierungssensible Profession, so ist dies nicht unproblematisch.

Wie aber können wir in der Sozialen Arbeit angemessen mit dem Fallbegriff umgehen? Der 2013 verstorbene Sozialpädagoge Burkhard Müller betonte dazu: ««Fälle» sind Ereignisse oder Personen, die von dafür zuständig gehaltenen Personen [...] zu Fällen gemacht werden.» Die Zuschreibungen «Fall *von*» und «Fall *für*» ergänzt Müller deshalb mit einer dritten, korrigierenden Perspektive: Er regt an, Fälle immer auch als «Fall *mit*» zu verstehen. «Fall *mit*» richtet den Blick eben nicht auf kategoriale Problemattribute und institutionelle Zuständigkeiten, sondern auf die Adressat:innen Sozialer Arbeit selbst, auf ihre Lebensrealitäten und ihre Biografien. Erst durch diesen Perspektivwechsel wird Fallarbeit zu einem professionellen Einlassen *auf* und zu einer verstehenden Auseinandersetzung *mit* Menschen in Schwierigkeiten – mit dem Ziel, neue, gemeinsam getragene Handlungsoptionen zu eröffnen.



Ein Roboter gegen die Einsamkeit in Japan

Von CHRISTINA ERÖS

Plötzlich kommt ein kleiner Roboter angerollt. Er hat Kulleraugen und gibt lustige Geräusche von sich. Als ich über seinen Kopf streichle, spüre ich seine «Körperwärme». Herumrollen tut er im Future Care Lab in Tokio. Dort werden neue Anwendungen und Systeme für eine Gesellschaft entwickelt, in der bereits heute rund 30 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre alt oder älter sind. Japan hat die älteste Bevölkerung der Welt. Kommt hinzu: Viele ältere Menschen sind einsam und sozial isoliert. Es gab Fälle von Senior:innen, die eine Straftat begingen, um ins Gefängnis zu kommen, denn dort werden sie versorgt und sind nicht mehr allein. Der interaktive Hausroboter Lovot – kurz für «Love Robot» – soll daher unter anderem der Einsamkeit und Isolation im Alter entgegenwirken. Lovot hat Sensoren und eine 360-Grad-Kamera auf dem Kopf, kann sich Gesichter merken und reagiert auf seinen Namen. Wenn er umfällt, muss man ihm aufhelfen. Das ist bewusst so gemacht: Durch das Helfen fühlt sich der Mensch für Lovot verantwortlich und damit wertvoll. In Japan ist der Roboter bereits auf dem Markt. Trotz seines stolzen Preises von rund 6000 Franken ist die Warteliste lang.

Kein Wunder: Japan kämpft nicht nur mit einer niedrigen Geburtenrate, sondern auch mit einem massiven Mangel an Pflegekräften. Ausländische Pflegekräfte kommen wegen der restriktiven Immigrationspolitik kaum ins Land und würden ausserdem sowohl von Senior:innen wie auch von deren

Angehörigen nicht akzeptiert werden. Weniger Mühe scheint die japanische Bevölkerung mit Robotern zu haben. Im Future Care Lab wurden bereits einige Experimente mit älteren alleinlebenden Menschen durchgeführt. Das Ergebnis: Lovot steigert ihre Zufriedenheit merklich. Auch den pflegenden Angehörigen kann er Entlastung und Stressreduktion bringen.

Im Future Care Lab wird aber nicht nur an Robotern, sondern auch an anderen Devices und Technologien gearbeitet. Einige davon werden bereits in Pflegeheimen eingesetzt. Dort übermitteln sie Daten der Bewohner:innen in Echtzeit an das Büro des Pflegeheims. So können sich die Pflegekräfte viele Rundgänge durch die Zimmer sparen

und haben mehr Zeit für die einzelnen Patient:innen.

Ryuji Yamazaki, Postdoktorand an der Osaka University, erforscht derzeit das Potenzial eines humanoiden Roboters, der auf den Namen RoBoHon hört und von dem es bereits mehrere Modelle auf dem Markt gibt. RoBoHon soll alleinlebende Menschen mit leichter kognitiver Einschränkung unterstützen. Yamazaki will wissen, ob der Roboter langfristig akzeptiert und genutzt wird und welche Auswirkungen er auf die Benutzer:innen hat. Teilnehmende seiner Studie beteiligten sich an der Interaktion mit dem Roboter und verhielten sich fürsorglich, etwa indem sie seinen Kopf streichelten oder ihm Fernsehsendungen zeigten. Sie fühlten sich dadurch weni-

ger einsam. Darüber hinaus ermutigte RoBoHon die Teilnehmenden, ihren Alltag besser zu regeln, und fungierte sogar als Puffer bei Konflikten mit Familienangehörigen.

Bei aller Begeisterung für das Potenzial humanoider Roboter verschweigt Ryuji Yamazaki die ethischen Bedenken nicht: «Medientechnologie, die unsere Emotionen und unser Verhalten beeinflusst, birgt das Risiko, die menschliche Autonomie zu untergraben.» Aus diesem Grund müssten die Auswirkungen solcher Roboter weiter untersucht werden.

CHRISTINA ERÖS ist ZHAW-Marketingmanagerin und interviewte im Rahmen ihres Swissex-Aufenthalts in Japan zahlreiche Expert:innen für Gerontologie, Gesundheitswissenschaften und Robotik an Universitäten in Osaka und Tokio.



Was hat Tinder mit Sozialer Arbeit zu tun?

Mit einer Art Dating-App könnten sich Sozialhilfebezügler:innen ihre Fallführenden selbst aussuchen. Möchten Sie mehr erfahren? Dann besuchen Sie unsere Events zu Praxis und Wissenschaft in Sozialer Arbeit.

Agenda

3. Oktober 2023	Um 6 im Kreis 5: Mütter unter Druck – Das Schweizer Adoptiv- und Pflegekinderwesen damals und heute
7. November 2023	Um 6 im Kreis 5: Mit Klient:innen unterrichten
30. November 2023	«Am Anfang war die Empörung» Silvia Staub-Bernasconis Beitrag an die Entwicklung einer praxisnahen Sozialarbeitstheorie
5. Dezember 2023	Um 6 im Kreis 5: Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Strategien und Perspektiven
25. Januar 2024	Zusammenarbeit mit der Psychiatrie (AT)
1. Februar 2024	Neue Ideen für die Entwicklung von Ortszentren

Jetzt anmelden.



WHERE'S
THAT
MAGIC?



Mehr lesen?
Newsletter abonnieren.

